

Der Sprachenantrag in Oesterreich.

xxx Wien, 6. Juni. (Telegr.) Die gestrige Annahme des tschechischen Antrages auf wortgetreue stenographische Aufnahme auch aller in nichtdeutscher Sprache gehaltenen Reden in den Sitzungsberichten hat den schönen Traum vom parlamentarischen Burgfrieden mit einem Schlage zerstört. Es war zwischen den deutschen und den nichtdeutschen Parteien ein Übereinkommen getroffen worden, in der neuen Form der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses alle Bestimmungen zu vermeiden, die diese oder jene als Herausforderung betrachten könnten, und nur auf dieser Grundlage war es möglich gewesen, die Arbeiten sowohl im Ausschusse als auch im Plenum zu raschem Abschluß zu bringen. In weitgehendem Entgegenkommen gegen die nichtdeutschen Parteien hatten namentlich die Deutschnationalen und die Christlichsozialen darauf verzichtet, die deutsche Verhandlungssprache, wie sie bisher tatsächlich und stillschweigend bestand, auch ausdrücklich festzustellen. Sie brachten dieses Opfer in der Erwartung entsprechender Gegenleistung der Nichtdeutschen, namentlich der tschechischen Parteien, um dadurch ihren guten Willen zur Wiederbelebung des Parlamentes zu betätigen und die Verhandlungsfähigkeit des Abgeordnetenhauses zu sichern, an der alle Parteien und alle Völker Oesterreichs gleichmäßig interessiert sind. Sie wurden auch in dieser Erwartung bestärkt durch allerdings nicht verbindliche Äußerungen von gegnerischer Seite, wonach es bei dem genannten tschechischen Antrage mit der üblichen Rundgebung zum Fenster hinaus sein Bewenden haben und besonders jede namentliche Abstimmung unterlassen werden sollte, die nichtdeutschen Parteien sogar durch Fernbleiben einer genügenden Anzahl Abgeordneter die Annahme dieses Antrages vereiteln würden. Entgegen diesem Versprechen stellte nun plötzlich der Führer der tschechischen Agrarier, Stanek, den Antrag auf namentliche Abstimmung. Beider hatten die Deutschnationalen und die Christlichsozialen in allzu großer Vertrauensseligkeit nicht alle ihre Mitglieder für diesen Überfall zur Stelle gebracht. Von beiden Gruppen fehlten zusammen 27 Abgeordnete, nur 185 nahmen an der Abstimmung teil. Auch die deutschen Sozialdemokraten waren nicht vollzählig. Freilich fehlten auch viele Nichtdeutsche, da diese Parteien nur 203 Stimmen abgaben. Dabei ist allerdings fraglich, wieviele Nichtdeutsche sich nur in Einhaltung der stillschweigenden Übereinkunft von der Abstimmung fernhielten, da es im österreichischen Reichsrat bei namentlichen Abstimmungen keine ausdrückliche Stimmenthaltung gibt und daher alle, die Stimmenthaltung üben wollen, sich aus dem Saale vor dem Namensaufruf entfernen müssen, und ob nicht viele von diesem unter dem Drucke ihrer kampflustigen Parteigenossen ihre Haltung geändert hätten, wenn sich die Aussicht geboten hätte, dadurch den Nichtdeutschen einen sonst zweifelhaften Sieg zu verschaffen. Das Versäumnis der deutschen Abgeordneten, so beklagenswert in so ernster Zeit es ist, ist jedenfalls für den Ausgang dieser Kampf-abstimmung nicht der springende Punkt, denn wenn die nichtdeutschen Parteien es darauf ankommen lassen wollten, konnten sie nach Einigung untereinander die Deutschen ohne weiteres überstimmen, da bekanntlich die nichtdeutschen Abgeordneten sich gegenüber den Deutschen in absoluter Mehrheit befinden. Bisher war es in ähnlichen Fällen immer gelungen, von den Nichtdeutschen so viel abzuspalteln, daß dieses absolute Zahlenverhältnis nicht zur Geltung kam. Jetzt aber, und das ist das Kennzeichnende der gegenwärtigen Lage, die eben darum vom Standpunkt der deutschen Sache in Oesterreich durchaus nicht leicht genommen werden darf und den Deutschen keinen Anlaß bieten sollte, in sentimentalen Hoffnungen auf die reinigende Kraft der allgemeinen Sehnsucht nach dem Wiedererstehen des Reichsrats eine Vogel-Strauß-Politik zu treiben, jetzt hat sich darin eine Änderung von Grund aus vollzogen. Wie schon die ausgiebige Anwendung ihrer Sprachen seitens sämtlicher slawischen Parteien mit Einschluß der Ruthenen und Polen, die sich bisher immer der deutschen Vermittlungssprache bedienten, gezeigt hat, herrscht bei den nichtdeutschen Parteien ein Drang zu schärferer Betonung ihrer Nationalität und namentlich bei den Polen und Ruthenen starke Unzufriedenheit über den Gang der Dinge, die sie nicht geneigt macht, in der bisherigen Weise bei nationalistischen Vorstößen ausgleichend zu wirken. Es ist deshalb mindestens Schönfärberei, wenn die gesamte Wiener Presse die gestrige Kampf-abstimmung lediglich eine Entgleisung nennt, vor deren Folgen nicht den Deutschen selbst bange sei und die deshalb leicht wieder gutgemacht werden könne. Tatsächlich zeigt der heutige Tag bisher keine Spur, die zu einer Entwirrung im Sinne des deutschen Blocks führe.

Die heutige Sitzung, in der die gestern abgelesene dritte Lesung der Vorlagen hätte vorgenommen werden sollen, mußte gleich nach Eröffnung bis 4 Uhr wieder vertagt werden, da es noch nicht gelungen war, den gestrigen Beschluß zu redigieren, und der deutsche Block, durch diese slawische Tücke aufs äußerste gereizt, selbstverständlich die Geschäftsordnung in dieser Form nicht zur Verabschiedung gelangen lassen kann und wird. Das Verlangen des deutschen Blocks geht dahin, daß der tschechische Antrag über wortgetreue Wiedergabe der nichtdeutschen Reden wieder zur A g e z o g e n werden müsse, wofür er auch die technische Unmöglichkeit und praktische Belanglosigkeit der Ausführung des Antrags ins Treffen führt. Als Gegenleistung bietet er dafür an — gewiß ein Zeichen weiser Selbstbeherrschung und erster Bereitschaft — nichts zu unterlassen, was ein friedliches Zusammenarbeiten mit den andern Nationalitäten ermöglichten könnte und zugleich diesen ihre berechtigten, mit dem Staatsinteresse vereinbarten Wünsche zu erfüllen, seine Zustimmung dazu, daß nichtdeutsche Reden in einwandfreier deutscher Übersetzung auszugswise nach dem Wortlaut der halbamtlichen Reichsratskorrespondenz dem stenographischen Protokoll angehängt werden. Es wird sich rasch zeigen müssen, ob auf dieser Grundlage die Sache wieder eingereicht werden kann. Andernfalls ist nicht abzusehen, wie das Ziel, das Abgeordnetenhaus zu einem brauchbaren Werkzeug der Volksvertretung zu machen, erreicht werden kann. Schon jetzt aber muß gesagt werden, daß sich der Eindruck bei einer vorurteilslosen Betrachtung der bisherigen parlamentarischen Vorgänge und ihres Pressevorspiels vertieft, daß die nichtdeutschen Parteien, namentlich die Tschechen, von dem Geiste, den man als Frucht dieses fast dreijährigen Ringens der Donaumonarchie um ihr Dasein bei ihnen erwartet hatte, wenig verspüren lassen. Wenn Tschechen und Slowenen die Freilassung und Wiedereinsetzung ihrer wegen Hochverrats verurteilten Parteimitglieder in Anträgen verlangen, erstere den im Gefängnis sitzenden Hochverräter Rramarsch sogar durch ein feierliches Schreiben auszeichnen, von allen staatsrechtlichen Bewahrunge n der Slawen ganz zu schweigen, so sind das nicht Beweise dafür, daß der Krieg für sie ein reinigendes Fegefeuer gewesen ist.

xxx Wien, 7. Juni. (Telegr.) Nach abermaliger Vertagung der Sitzung, während der die Verhandlungen über einen Ausweg aus der durch den tschechischen Streich geschaffenen Lage erfolg fortgesetzt wurden, eröffnete der Präsident um 7½ Uhr die Sitzung auf neue und ließ die dritte Lesung beider Geschäftsordnungs-vorlagen vornehmen. Durch den Beitritt der Christlichsozialen und der deutschen Sozialdemokraten zu den Beschlüssen der zweiten Lesung erlangten die Vorlagen in den geschäftsordnungsmäßig nur noch zulässigen Abstimmungen die im ganzen erforderliche Zweidrittel-Mehrheit gegen die Stimmen des Deutschen Nationalverbandes. Danach kam jedoch ein polnischer Auslegungsantrag zur Verlesung, der die Aufnahme nichtdeutscher Reden nur in deutscher Übersetzung vorschlägt und den nichtdeutschen Wortlaut in den zweiten Teil des Sitzungsberichts verweisen will. Dieser Antrag wurde im kurzen Wege ohne erste Lesung dem Geschäftsordnungsausschusse zur Behandlung zugewiesen. Dadurch soll versucht werden, durch Umdeutung des Wortes wortgetreu, als ob es nicht die Aufnahme auch des nichtdeutschen Wortlautes der Reden bedeute, den entstandenen Gegensatz zu beseitigen und den Anspruch der nichtdeutschen Nationalitäten auf Wiedergabe des nichtdeutschen Wortlautes durch seine als gleichwertig erklärte anhangsweise Veröffentlichung zu befriedigen. Die Sache bleibt also dadurch zunächst in der Schwebe. Durch den Anschluß der Christlichsozialen und der deutschen Sozialdemokraten an dieses Kompromiß erscheint vorerst die Arbeitsmöglichkeit des Abgeordnetenhauses gesichert. Ob dadurch zugleich der deutsche Block gesprengt und der Deutsche Nationalverband isoliert worden ist, läßt sich zur Stunde noch nicht entscheiden. Jedenfalls ist diese Geschäftsordnung durch die Erledigung im Abgeordnetenhaus noch nicht Gesetz, sie muß auch noch das Herrenhaus passieren, und dieses wird kaum seine Zustimmung zu dieser Gestalt der Vorlage geben.